

## **1. WEISSER RING und Innenministerium:**

Basis für die heute in Gotha gemeinsam durchgeführte Veranstaltung ist eine im Jahr 2008 getroffene Kooperationsvereinbarung zwischen dem Thüringer Innenministerium und dem WEISSEN RING. Um für die Opfer von Straftaten die Möglichkeiten der Information und Unterstützung weiter zu verbessern, wurde eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Opferschutz, Opferhilfe und Prävention vereinbart.

## **2. Stalking**

Im Jahr 2007 ist das „Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen“, das sog. Stalking-Gesetz in Kraft getreten. Viele Hoffnungen und Erwartungen zur effektiven Strafverfolgung der Täter sowie zum besseren Schutz der Opfer haben sich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes verbunden. Das bis dahin geltende Strafrecht trug der Besonderheit der von Stalkern gezeigten Verhaltensweisen und den Folgen bei den Opfern nicht angemessene Rechnung. Die systematische Nachstellung führt – neben den psychischen Folgen – in vielen Fällen zu einschneidenden Verhaltensänderungen der Betroffenen. Opfer schränken ihre sozialen Kontakte ein, meiden bestimmte Orte, treffen Sicherheitsvorkehrungen für sich und nahe stehenden Personen. Nicht selten wechseln sie sogar Wohnung und Arbeitsplatz, um dem Verfolger zu entgehen.

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht nahmen sich jeweils einzelne Handlungen vor und prüften, ob sie einen Straftatbestand erfüllen. Eine Zusammenschau, eine Bewertung des gesamten Verhaltens des Täters und seiner Folgen für das Opfer legte das Recht nicht nahe. Deshalb wurden die Beeinträchtigung des Opfers und das Gefährdungspotenzial derartiger Verhaltensmuster oft unterschätzt. Und das lag eben auch daran, dass es keinen Straftatbestand gab, der dem Gesamtbild der Taten gerecht wurde und der den typischen Unrechtsgehalt der Nachstellung wirklichkeitsgetreu abbildete.

Auch das Gewaltschutzgesetz konnte das nicht alleine leisten. Denn diese Vorschrift stellte nicht die Verletzung höchstpersönlicher Schutzgüter unter Strafe, sondern Zuwiderhandlungen gegen gerichtliche Schutzanordnungen. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf war zwingend erforderlich. Das Gesetz zum strafrechtlichen Schutz von Stalking-Opfern trat am 31. März 2007 in Kraft. Stalking-Opfer werden dadurch strafrechtlich besser geschützt und der Gesetzgeber hat ein eindeutiges Zeichen gesetzt: Stalking ist keine Privatsache, sondern strafwürdiges Unrecht.

Mittlerweile liegt auch der Entwurf einer Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über eine Europäische Schutzanordnung vor – d. h., dass bei einem Umzug in einen anderen Mitgliedstaat eine Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz aufrechterhalten und vor allem vollstreckbar bleibt.

## **3. Polizei und Opferschutz**

Für die Thüringer Polizei stellt der Opferschutz eine wichtige Aufgabe dar, zumal sie in vielen Fällen zuerst Kontakt mit den Opfern hat. Hierbei gilt es, die neuen Regelungen des Opferrechtsreformgesetzes anzuwenden. So besteht z. B. eine umfassendere Informationspflicht gegenüber den Opfern als vor der Reform. In verständlicher und einfühlsamer Weise sollen die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten Opfer über Rechte belehren und bereits frühzeitig auf Angebote von Hilfseinrichtungen hinweisen. Opfer können zudem eine psychosoziale Prozessbegleitung in Anspruch nehmen oder Entschädigungsansprüche geltend machen. Neben dem primären Opferschutz konzentrierte

sich der Gesetzgeber auch auf Entschädigungsansprüche und hat alle Delikte nebenklagefähig gestellt, in denen höchstpersönliche Rechtsgüter verletzt werden.

Die polizeiliche Kriminalstatistik 2009 des Freistaates Thüringen verzeichnete insgesamt 22.915 Opfer, gegen die sich eine Straftat unmittelbar gerichtet hat. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 1.189 Opfern.

Opfer im weiteren Sinne sind aber nicht nur die direkt betroffenen Menschen. Auch Angehörige brauchen Schutz und Hilfe. Der polizeiliche Opferschutz beinhaltet insbesondere die Berücksichtigung der Ausnahmesituation, die Vermittlung adäquater Hilfsangebote sowie die Aufklärung über Opferrechte sowie den Ablauf des ggf. folgenden Verfahrens.

Die Polizei orientiert sich immer stärker an den Opferinteressen. Nicht nur, weil es ein partnerschaftlicher Umgang mit den Opfern erfordert, sondern insbesondere um weitere Schädigungen für das Opfer abzuwehren.

Durch eine Verbesserung des Opferschutzes wird aber auch eine erhöhte Kooperationsbereitschaft der Geschädigten und dadurch eine Förderung der Anzeigenbereitschaft bewirkt. Das ist von Bedeutung, weil in den meisten Fällen die Täterermittlung und Verurteilung mittels (Opfer-) Zeugen erfolgt.

Es wurden in den letzten Jahren viele Maßnahmen unternommen, um den Opferschutz in der Thüringer Polizei zu verbessern. Dazu gehört der Einsatz von Opferschutzbeauftragten in den Polizeidirektionen sowie von zahlreichen Opferberatern in den Polizeiinspektionen und in der Kriminalpolizei, die als Ansprechpartner beratend unterstützen.

Es werden zudem Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiter der Polizei angeboten, die Kontakt mit Opfern haben. In vielen Veranstaltungen wird die Polizei von ehrenamtlichen Referenten des WEISSEN RINGS unterstützt. Nicht zu vergessen ist die Betreuung von Polizeibeamten durch den Polizeipsychologischen Dienst, die Opfer einer Straftat wurden.